



07 | Für ein leistungsfähiges Sozial- und Gesundheitssystem Sozial- und Gesundheitspolitik

Die heutige Soziale Frage muss dringend beantwortet werden. Die ökonomischen und die sozialen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass die gesellschaftlichen Fliehkräfte zunehmen und dass das Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für immer weniger Bürger realisiert werden kann. Die wachsende Zahl von Schul- und Ausbildungsabbrechern sowie von Niedriglohnbeschäftigten, die anhaltend hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen und auch eine sich ausbreitende Altersarmut zeigen die Schieflage der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung. Zentrale Reformen des Arbeitsmarkts und in den sozialen Sicherungssystemen drängen, da die Altparteien-Politik der Agenda 2010 die Probleme nicht gelöst, sondern neue Gerechtigkeitslücken geschaffen hat.

Insbesondere die Gesundheits-, Pflege- und Rentensysteme geraten durch den demographischen Niedergang, der von den Altparteien über Jahrzehnte hingenommen wurde, sowie durch Kostenexplosionen und Fehlanreize immer mehr unter Druck. In der Daseinsvorsorge, speziell für Ältere und Bürger in ländlichen Regionen, steht die Landesregierung in besonderer Pflicht.

Erwerbsarbeit als Quelle des Wohlstandes

Einträglich und Perspektiven gebende Erwerbsarbeit ist der Königsweg der individuellen und gesellschaftlichen Teilhabe sowie der sozialen Absicherung. Oberstes Ziel rahmensetzender Landespolitik muss es also sein, Arbeit und Wohlstandsbildung für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen – getreu der bewährten Leitidee der Sozialen Marktwirtschaft: Wohlstand für alle!

Ehrenamt im Sozialbereich fördern

Das Ehrenamt ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die sozialen Bindungen und den Erhalt stabiler demokratischer Strukturen von großer Bedeutung. Es hat sich als unerlässlich für eine funktionierende Gesellschaft und das kulturelle Leben erwiesen. Die AfD in Thüringen bekennt sich in Zeiten eines auf vielen Ebenen erfolgten Rückzuges des Staates zum Ehrenamt und möchte die finanzielle und sachliche Förderung ehrenamtlicher Projekte ausbauen.

Herausforderungen für das Gesundheitssystem

Das Sozial- und Gesundheitssystem in Thüringen steht vor großen Herausforderungen und befindet sich schon jetzt inmitten von Verwerfungen, die durch jahrzehntelange Versäumnisse und Fehlsteuerungen der Altparteien verursacht worden sind. Zu den Problemen gehören: ausufernde Bürokratie, Verwendung der

Beitragselder für Nichtzahler in einem unverantwortlichen Ausmaß, Arbeitsverdichtung sowie Fehlversorgung.

Ziel muss es sein, das Gesundheitssystem wieder gerecht und transparent zu gestalten sowie die Qualität flächendeckender Angebote zu erhalten bzw. zu erhöhen. Hier kann die Einführung einer intelligenten Patientensteuerung Ressourcen zielgenauer bereitstellen. Die Überbürokratisierung des Gesundheitssystems muss zurückgefahren werden. Das schließt die Eigenverantwortlichkeit von Patienten sowie von Leistungserbringern und Kassen mit ein. Ein Programm von vorbeugenden Gesundheitsmaßnahmen ist einer kurativen Behandlung immer vorzuziehen. Konkrete Maßnahmen zur Realisierung dieser Zielsetzung sind in einer Landespräventionsstrategie, die insbesondere Angebote der betrieblichen Gesundheitsförderung berücksichtigt, verbindlich festzuschreiben.

Abbau der bürokratischen Hürden im Gesundheitssystem und mehr Eigenverantwortung von Patienten, Ärzten und Krankenkassen zulassen.

Qualität und Attraktivität des Gesundheitssystems

Die steigende Lebenserwartung führt zu einem erhöhten Bedarf an medizinischer Versorgung. Diese kann nicht in erster Linie durch die Kliniken geleistet werden. Ein solides System aus Hausärzten und grundversorgenden Fachärzten, auch im ländlichen Raum, ist als Basis unerlässlich. Um eine gute medizinische Versorgung zu sichern, müssen Arztpraxen im ländlichen Raum deutlich stärker unterstützt werden.

Arztpraxen im ländlichen Raum müssen stärker unterstützt werden.

Um die Zeiten zu überbrücken, in denen kein Arzt verfügbar ist, sollten Räume bereitgestellt werden, welche von benachbarten grundversorgenden Ärzten als Satalitenpraxen genutzt werden können. Unterstützend können speziell ausgebildete Gesundheitsassistenten eingesetzt werden. Diese würden die alltägliche Versorgung leisten und in besonderen Situationen Rücksprache mit ihrem zuständigen Arzt halten.

Um dem Arzt mehr Zeit für den Patienten, für Diagnosestellung, Beratung und Therapie zu geben, muss der bürokratische Aufwand in enger Abstimmung mit den Gremien der ärztlichen Selbstverwaltung für den Praxisbetrieb geprüft und reduziert werden.

Ärztmangel in Thüringen entgegenwirken

In den nächsten fünf bis zehn Jahren werden thüringenweit zahlreiche Ärzte in den Ruhestand gehen. Schon heute finden viele von ihnen gerade im ländlichen Raum keine Nachfolger für ihre Praxen. Gegenwärtig entstehen in einigen Regionen Thüringens ernsthafte Probleme bei der ärztlichen Versorgung. Die demographische Entwicklung wird das Problem verschärfen. Es droht eine Unterversorgung, der entgegengesteuert werden muss. Aus Sicht der AfD ist es nötig, Absolventen des medizinischen Studiums eine Perspektive im Freistaat Thüringen zu bieten. Die alleinige Ausweitung der Anzahl der Studienplätze an staatlichen Hochschulen, ohne Aussicht auf eine Perspektive in Thüringen, ist mit hohen Kosten für die öffentli-

che Hand verbunden. Die Aufgabe einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik besteht vielmehr darin, Absolventen der Human- und der Zahnmedizin durch attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen langfristig an den Freistaat zu binden. Vor diesem Hintergrund gilt es, Instrumente zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung, wie das sogenannte Thüringen-Stipendium und das Niederlassungscoaching, auszubauen. Hierzu zählt auch, dass attraktive Landesstipendien für Medizinstudenten bereitgestellt werden, die sich dafür im Gegenzug für eine Dauer von zehn Jahren verpflichten, in unterversorgten Gebieten Thüringens zu praktizieren.

**Wir wollen
Medizinern in der
Ausbildung Anreize
für einen Verbleib
in Thüringen und
für eine Tätigkeit im
ländlichen
Raum bieten.**

Die AfD setzt sich daher dafür ein, an der einzigen Thüringer Ausbildungsstätte für zukünftige Mediziner, der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, eine Landeskinderquote einzuführen. Thüringer Studenten werden mit höherer Wahrscheinlichkeit nach dem Studium in Thüringen verbleiben, wenn sie hier schon verwurzelt sind. Zur Steigerung der Zahl künftig in Thüringen tätiger Ärzte plädiert die AfD dafür, geeignete Auswahlverfahren an der Universität Jena zu etablieren. Diese sollen Auswahlgespräche sowie Praktika und die Bewertung von einschlägigen Ausbildungen beinhalten und in Verbindung mit einer Landarztquote die Nachwuchsgewinnung verbessern.

Es gibt in Deutschland eine nicht zu vernachlässigende Zahl von Anwärtern für einen Medizinstudienplatz, welche bereit sind, die Kosten der Ausbildung selbst zu finanzieren. Die Studiengebühren sind so kalkuliert, dass die privaten Hochschulen in der Regel ohne staatliche Unterstützung arbeiten. Die Vorteile ausländischer privater Hochschulen sollten nach Thüringen geholt werden, indem man solche Privatuniversitäten durch die Setzung günstiger Rahmenbedingungen für einen Thüringer Standort begeistert. Die AfD Thüringen steht daher der Ansiedelung privater medizinischer Hochschulen in strukturschwachen Regionen offen gegenüber.

Freiberuflichkeit

Durch viele gesetzliche Vorgaben wird die Tätigkeit von Ärzten bei der Versorgung gesetzlich Krankversicherter eingeschränkt. Zur Stärkung der ärztlichen Freiberuflichkeit ist es deshalb unerlässlich, dass den Ärzten die uneingeschränkte Ausübung ihrer medizinischen Versorgungsaufgaben auch wieder gegenüber gesetzlich Krankversicherten ermöglicht wird. Die Freiheit des Arztes in der individuellen medizinischen Behandlung darf nicht durch ökonomische Gründe und somit Begrenzungen oder Budgets eingeschränkt sein.

Sprach- und Qualifikationsniveau im Gesundheitssystem

Vor allem die Abwanderung von an deutschen Universitäten ausgebildeten Medizinern führte zu Lücken im Gesundheitssystem, die durch ausländische Ärzte gefüllt werden sollen. Aktuelle Erkenntnisse zeigen, dass gerade im Rahmen der

Zuwanderungswelle die Nachweisprüfung der fachlichen Qualifikationen oft nicht sichergestellt ist. Jeder im Gesundheitssystem Arbeitende muss sich problemlos mit Patienten und Kollegen in deutscher Sprache verständigen können. Am hohen Qualifikationsniveau der im Gesundheitswesen tätigen medizinischen Fachkräfte – gleich welcher Herkunft und Spezialisierung – darf es keine Abstriche geben. Bei Zweifeln an der beruflichen Qualifikation von Gesundheitsfachkräften und Medizinern ausländischer Herkunft muss die Patientensicherheit im Vordergrund stehen. Die AfD Thüringen setzt sich dafür ein, dass die im Ausland erworbenen medizinischen Qualifikationen durch strukturierte Prüfungen an medizinischen Hochschulen evaluiert und die Angebote entsprechender Anpassungsqualifikationen ausgebaut werden.

Jeder im Gesundheitssystem Arbeitende muss sich problemlos mit Patienten und Kollegen in deutscher Sprache verständigen können.

Arbeits- und Ruhezeiten des medizinischen Personals

Eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung benötigt ausgeruhtes Fachpersonal in ausreichender Zahl. Um dies sicherzustellen, sind die gesetzesrechtlichen Vorgaben bezüglich der Arbeits- und Ruhezeiten konsequent einzuhalten. Eine Unterwanderung dieser Vorgaben infolge von Personalmangel oder durch statistische Tricks verbietet sich im Sinne der Patientensicherheit. Insbesondere die Krankenhausärzte sind von der überbordenden Bürokratie unter anderem durch medizinische Verwaltungsangestellte im Gesundheitswesen oder durch vergleichbare Fachkräfte zu entlasten.

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung erhalten

Die zunehmende Ökonomisierung der stationären Medizin mit dem DRG-System (Fallpauschalen) und dem Ausverkauf kommunaler Krankenhäuser an gewinnorientierte private Klinikketten hat sich als ein Irrweg herausgestellt. Die AfD Thüringen setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass vor allem Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten Thüringens in kommunaler Hand verbleiben und erhalten werden. Der Freistaat muss hier in verstärktem Maße seinen gesetzlich vorgegebenen Finanzierungs- und Investitionsverpflichtungen nachkommen. Die AfD setzt sich für regionale Verbände kommunaler Krankenhäuser ein.

Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung in ländlichen Gebieten müssen in kommunaler Hand bleiben.

Die Situation für häusliche und stationäre Pflege verbessern

Pflege in Deutschland findet hauptsächlich in der Familie statt. Die Hauptlast der Pflegearbeit tragen dabei die pflegenden Frauen. Pflegenden Angehörige werden oft mit organisatorischen und finanziellen Problemen alleingelassen. Die AfD möchte die Fürsorge für pflegebedürftige Familienangehörige, die in einer vertrauten familiären Umgebung leben wollen, stärken und die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sich erwachsene Kinder bewusst für die Pflege ihrer Eltern entscheiden können. Als Grundlage für die häusliche Pflege sind das Beratungsangebot für pflegewillige Angehörige in Form eines umfassenden Betreuungsnetzwerkes zu verbessern und die Pflegesätze bei häuslicher Pflege durch Angehörige an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Die Pflegesätze bei häuslicher Pflege durch Angehörige sind an die Leistungen für Pflegedienstleister anzugleichen.

Die AfD fordert eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der familiären Pflegearbeit als wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl. Die individuelle häusliche Pflege muss zu einem Hauptbestandteil der sozialen Sicherungssysteme werden. Sorgearbeit und familiennahe Hilfen müssen endlich eine angemessene rentenrechtliche Berücksichtigung erfahren.

Der Rationalisierungsdruck in der stationären Pflege muss gesenkt werden.

Auch die stationäre Pflege wollen wir verbessern. Um einem Mangel an Pflegekräften zu begegnen, müssen Arbeitskraftreserven aktiviert und der Rationalisierungsdruck gesenkt werden. Im gegenwärtigen System ist die zwischenmenschliche Zuwendung kaum noch möglich, deshalb fordern wir eine Humanisierung der Strukturen und der Prozesse. Aufgabe der verantwortlichen Akteure ist es, akute Problemlagen schnell abzuschaffen sowie eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Betreuungs- und Pflegelandschaft in Thüringen zu sichern. Die Zielsetzung „Satt und sauber“ reicht in Verantwortung vor unseren Eltern und Großeltern nicht aus!

Lohngestaltung im Pflegebereich

Ein einheitlicher Flächentarifvertrag für Pflegeberufe kann einer Abwanderung vorbeugen. Gleichzeitig sollte die Attraktivität der Arbeit in Pflegeberufen durch eine entsprechende branchenbezogene Mindestvergütungshöhe gesteigert werden. Eine auskömmliche Entlohnung und der Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle könnten die Attraktivität des Pflegeberufes deutlich steigern.

Pflegefachkräfte aus dem Ausland

Die Akquise von Pflegekräften aus dem Ausland ist streng am Bedarf des hiesigen Arbeitsmarktes zu orientieren. Zudem sollten keine Arbeitskräfte abgeworben werden, die in ihren Heimatländern für die Funktionsfähigkeit von Schlüsselbranchen dringend benötigt werden. Maßgebend für die Erwerbsmigration in das Thüringer Sozial- und Gesundheitswesen sind die deutschen Qualitätsstandards.

Abschaffung des Schulgeldes für Gesundheitsfachberufe

Arbeitsmarktstatistiken für Thüringen verzeichnen gegenwärtig einen Fachkräftemangel in verschiedenen Berufsgruppen, der perspektivisch weiter zunehmen wird. Insbesondere Sozial- und Gesundheitsberufe sind in erheblichem Ausmaß von dem Fachkräftemangel betroffen. Vor diesem Hintergrund kommt der Nachwuchsgewinnung eine besondere Bedeutung zu, die allerdings durch monetäre Hürden erschwert wird. So müssen Auszubildende in nichtakademischen Gesundheitsberufen, die ihre Ausbildung an einer Privatschule in Thüringen absolvieren, Schulgeld zahlen. Davon betroffen sind z. B. Altenpfleger, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden. Die AfD Thüringen möchte das Schulgeld für Auszubildende in zukunftsrelevanten Gesundheitsberufen abschaffen. Auch Kindererzieher, Sozial- und Diätassistenten in Ausbildung sollen finanziell deutlich entlastet werden.

Hygienemanagement

Die AfD fordert für das Gesundheitswesen die Übernahme eines Hygieneregimes nach niederländischem Vorbild, um Todesfälle, Amputationen und Dauerschäden durch multiresistente Keime (wie z. B. MRSA) auf das geringstmögliche Maß abzusenken. Bei Patienten mit geplanten und akuten Einweisungen in Krankenhäuser sollen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten der verpflichtenden Tests auf die relevanten Keime übernehmen.

Notfallmanagement

Mit Blick auf die schon erwähnte steigende Lebenserwartung und den damit einhergehenden erhöhten Hilfebedarf der Bevölkerung wird eine flächendeckende Versorgung mit einem medizinischen Notdienst immer wichtiger. Die im Bundesvergleich sehr langen Alarmierungszeiten (Hilfsfristen in Thüringen: 14 Minuten, in ländlichen Bereichen 17 Minuten) für den Rettungsdienst müssen verkürzt werden. Bei der Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft soll das Hauptaugenmerk auf einem dichten Netz für die Notfallversorgung im ländlichen Raum liegen.

Ein dichtes Netz für die Notfallversorgung im ländlichen Raum hat Vorrang.

Gesundheitskarte für Asylbewerber abschaffen

Durch die Gesundheitskarte für Asylbewerber wird die Versichertengemeinschaft über Gebühr belastet. Die Gesundheitskarte für Asylbewerber wollen wir daher einstellen. Die Behandlung von nicht anerkannten oder abgelehnten Asylbewerbern ist auf eine Notfallversorgung zu reduzieren. Eine Grundversorgung für anerkannte Asylbewerber darf nicht der Versorgung von regulär Versicherten gleichgestellt werden.

Abwehr von Gesundheitsgefahren in Kindergärten und Schulen

Angesichts der zunehmend häufiger werdenden Ansteckungsfälle in Kindergärten und Schulen setzt sich die AfD dafür ein, dass entsprechende Gefahren durch präventive Untersuchungen beseitigt werden. Alle Kinder, die Lücken bei den Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U8 aufweisen, sind bei Aufnahme in Kindergarten oder Schule auf ansteckende Krankheiten, z.B. auf Tuberkulose und andere gefährliche Infektionskrankheiten, verpflichtend zu untersuchen.

Für eine bessere Prävention gegen die Übertragung ansteckender Krankheiten in Kindergärten und Schulen.

Altersfeststellung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen

Die AfD Thüringen fordert eine generelle Altersfeststellung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen mit zugelassenen Methoden.

Gefahrenabwehr für Mediziner

Unter anderem infolge der unkontrollierten illegalen Einwanderung lässt sich das Phänomen beobachten, dass die Angriffe sowohl auf medizinisches Personal, Rettungsdienste wie auch auf Patienten in Zahl und Intensität zunehmen. Niedergelassene Ärzte haben hier insbesondere die Schwierigkeit, dass sie sich keinen Sicherheitsdienst wie Krankenhäuser leisten können. Die zuständigen Behörden

haben hier nicht nur die Pflicht, potenziell gefährliche Migranten frühzeitig zu identifizieren, sondern müssen auch Rettungsdiensten, Notaufnahmen und Privatpraxen geeignete Maßnahmen anbieten, die der Gefahrenabwehr dienen.

Digitalisierung im Gesundheitsbereich nicht verschlafen

Die Digitalisierung ist auch im Gesundheitswesen nicht mehr wegzudenken. Sie eröffnet der medizinischen Versorgung neue Perspektiven und Chancen. Mit Telemedizin können Ressourcen effizienter genutzt werden. Das Versenden medizinischer Daten zwischen den Arztpraxen ermöglicht es Patienten, seltener persönlich für Kontrolluntersuchungen zu erscheinen. Dies erleichtert und beschleunigt die ärztliche Kontrolle. Mittels Videotelefonie kann der Arzt mit dem Patienten Befunde direkt besprechen. Durch Vernetzung von Apotheken und medizinischem Fachpersonal werden positive Effekte für die Patienten im ländlichen Raum generiert.

Neustart des Gemeinsamen Landesgremiums (§ 90a SGB V)

Die AfD versteht das Gemeinsame Landesgremium nach Paragraph 90a Sozialgesetzbuch V als entscheidende Institution gesundheitspolitischer Steuerung und Koordination. Fragen einer besseren sektorenübergreifenden Versorgung sowie einer besseren Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten sind im Rahmen des Gremiums für Thüringen in landesrechtlich verbindliche Handlungsoptionen zu übersetzen. Die AfD Thüringen setzt sich zum Zwecke der Optimierung der ärztlichen Versorgung im Freistaat und zum Wohle der Thüringer Bürger für

einen Neustart des Landesgremiums ein, das um politische Verantwortungsträger zu erweitern ist.

EU-Gesundheitspolitik

Die Organisation der Gesundheitsversorgung obliegt dem jeweiligen Nationalstaat. Die AfD lehnt eine europäische Vereinheitlichung medizinischer Dienstleistungen und Berufe ab. Der Zugang zum Europäischen Binnenmarkt darf nicht von einer EU-weiten Harmonisierung abhängig gemacht werden, in deren Folge die in Deutschland geltenden Qualitätsansprüche aufgeweicht und/oder außer Kraft gesetzt werden. Die Zuständigkeit einer EU-Zulassungsbehörde für Prüfungen und Zulassungskompetenzen im medizinischen Bereich lehnt die AfD ab. Wir fordern die Beibehaltung der bisherigen Verfahren, nach denen sich Antragsteller auf Zugang zum Markt der freien Berufe nach den jeweils gültigen nationalen Standards in ihrem Zielland bei Kammern, Körperschaften und nationalen Behörden um Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse bewerben müssen.

Die AfD lehnt eine europäische Vereinheitlichung medizinischer Dienstleistungen und Berufe ab.

Durch die Folgen der Globalisierung des Medikamentenmarktes kommt es immer wieder zu Engpässen bei der Belieferung mit lebenswichtigen Medikamenten, z. B. aus dem Antibiotikabereich. Wir setzen uns für die Erstellung eines nationalen Sicherstellungskonzeptes ein, um weitgehend unabhängig von Marktschwankungen und Lieferengpässen die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten zu gewährleisten.

Eine stabile und gesicherte Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Medikamenten bleibt zu gewährleisten.